

Kreis Rendsburg-Eckernförde Der Landrat

Fraktionsantrag Vorlage-Nr: VO/2019/966

- öffentlich - Datum: 03.06.2019

Landrat Ansprechpartner/in:

Bearbeiter/in: Matthiesen, Judith

Kreishafen Rendsburg zum "Sicheren Hafen" erklären

vorgesehene Beratungsfolge:

Datum Gremium Zuständigkeit

17.06.2019 Kreistag des Kreises Rendsburg-Eckernförde

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Entfällt.

2. Sachverhalt:

Die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, SSW und die Linke stellen den anliegenden Antrag.

Anlage/n:

Gemeinsamer Antrag





Email: spd-fraktion@gmx.de



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion RD-ECK Kreishaus 24768 Rendsburg Tel. 0176-32707008 geschaeftsstelle@gruenefraktion-rd-eck.de



SSW Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde Kreishaus 24768 Rendsburg 0176 800 95 803 MSchunck.SSW @web.de



Fraktion DIE LINKE. im Kreistag RD-ECK Kreishaus 24768 Rendsburg Tel: 0172-6714898 maximilian.reimers@linkerdeck.de

An die Kreispräsidentin des Kreises Rendsburg-Eckernförde Frau Dr. Juliane Rumpf

Sitzung des Kreistags am 17. Juni 2019

Kreishafen Rendsburg zum "Sicheren Hafen" erklären – für eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik bei uns im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Rendsburg, den 03. Juni 2019

Sehr geehrte Frau Dr. Rumpf,

der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag von Rendsburg-Eckernförde erklärt den Kreishafen zum "Sicheren Hafen" für Flüchtlinge, die vor Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg geflohen sind. Durch die symbolische Erklärung des Kreishafens zum sicheren Hafen zeigt der Kreis Rendsburg-Eckernförde seine Bereitschaft, vor Ort an einer solidarischen europäischen Flüchtlingspolitik mitzuwirken, die der Humanität verpflichtet ist. Der Kreis unterstützt die Aktion "Seebrücke – schafft sichere Häfen" und engagiert sich dafür, dass im Kreisgebiet aus Seenot gerettete Flüchtlinge aufgenommen werden.

Die Kreisverwaltung wird aufgefordert, sich in Abstimmung mit dem Gemeindetag Kreisverband Rendsburg-Eckernförde und den Städten im Kreisgebiet an das Land Schleswig-Holstein und an den Bundesinnenminister zu wenden und die Bereitschaft zur Aufnahme der aus Seenot geretteten Flüchtlinge im Kreisgebiet mitzuteilen.

Begründung:

Die Europäische Union ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft, sie ist eine Wertegemeinschaft, die den Menschenrechten verpflichtet ist. Die Humanität verbietet es, dem Sterben von Menschen auf der Flucht im Mittelmeer tatenlos zuzusehen. Dennoch kommt es zwischen den Europäischen Staaten immer wieder zum Streit über die humanitäre Behandlung von Flüchtlingen, die im Mittelmeer aus Seenot gerettet werden. Statt sich auf einen Verteilungsschlüssel zu einigen, in welchem Mitgliedstaat die Flüchtlinge Schutz finden und in einem geordneten staatlichen Verfahren ihren Flüchtlingsstatus geltend machen können, müssen die Flüchtlinge unter unzumutbaren Bedingungen an Bord eines Schiffes tage- und wochenlang ausharren. Den Rettungsschiffen wird die Einfahrt in den Hafen verweigert und die Flüchtlinge, darunter auch Frauen und Kinder, werden zu Geiseln einer unzureichenden Europäischen Flüchtlingspolitik.

Mit der Bereitschaft, an der Aufnahme von aus Seenot geretteten Flüchtlinge im Kreisgebiet über Landes- und Bundesprogramme mitzuwirken, setzt sich der Kreis für eine solidarische europäische Flüchtlingspolitik vor Ort ein.

gez. Dr. Kai Dolgner SPD Fraktion gez. Kirsten Zülsdorff / Armin Rösener Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

gez. Maximilian Reimers Fraktion DIE LINKE.

gez. Dr. Michael Schunck SSW Fraktion